

QUARTALSBERICHT

Projektland: Pakistan

Quartal/Jahr: II/2012

SCHLAGZEILEN

1. **Innenpolitischer Machtkampf**
2. **Wiedereröffnung der NATO Versorgungswege**
3. **Sicherheitslage**

Innenpolitischer Machtkampf

Die innenpolitische Lage bleibt instabil. Judikative und Exekutive ringen weiter um Macht. Nachdem Premierminister Gilani am 10. Januar wegen Missachtung des Obersten Gerichts angeklagt wurde (siehe QB I/2012), wird er am 26. April schuldig gesprochen. Die Richter verurteilten Gilani nur zu einer symbolischen Freiheitsstrafe von wenigen Minuten und er kann das Gericht als freier Mann verlassen. Premierminister Gilani gilt nach dem Urteil aber als vorbestraft. Gemäß Verfassung ist er damit nicht mehr befähigt, ein Regierungsamt auszuüben. Trotz des wachsenden öffentlichen Drucks und seinem Versprechen, im Falle einer Verurteilung zurückzutreten, bleibt Gilani im Amt. Das Oberste Gericht untersagt Gilani am 18. Juni in einem weiteren Urteil die Amtsausübung. Der Premier kann sich nun nicht länger widersetzen.

Die Abdankung Gilanis wird generell begrüßt, es gibt aber auch deutliche Kritik am Obersten Gerichtshof. Ihm wird vorgeworfen, mit seinem Urteil das von der Verfassung vorgegebene Mandat überschritten zu haben. Es vergeht fast kein Tag an dem Iftikhar Chaudry, der oberste Richter am *Supreme Court of Pakistan*, nicht ein *suo moto* Verfahren eröffnet. Damit bringt sich Chaudry in eine prekäre Lage, denn die meisten dieser auf Eigeninitiative des Gerichts (bzw. Richters) erfolgten Untersuchungen und Anklagen richten sich gegen Politiker der regierenden *Pakistan Peoples Party* (PPP).

Die Suche und Nominierung eines Nachfolgers für Gilani gestaltet sich schwierig. Makhdoom Shahabuddin, Textilminister im Regierungskabinett und ebenfalls Mitglied der PPP, wird von Präsident Zardari favorisiert. Doch schon am Tag nach Bekanntwerden

Shahabuddins Kandidatur stellt die *Anti-Narcotics Force* (ANF)¹ einen Haftbefehl gegen ihn aus. Shahabuddin wird die Verwicklung in einen Drogenskandal im Jahr 2010 vorgeworfen. Damals war er Gesundheitsminister. Die Ermittlungen der ANF sind schon seit längerer Zeit bekannt, konkrete Schritte gegen Shahabuddin waren bisher aber nicht unternommen worden. Der Haftbefehl beendet seine Hoffnung auf das Amt des Premierministers.

Am 22. Juni 2012 wird Raja Pervez Ashraf (PPP) vom Parlament zum neuen Premierminister gewählt. Auch gegen ihn bestehen zahlreiche Korruptionsvorwürfe. Nicht nur deshalb ist der neue Premier eine schlechte Wahl. Er hat mit seinem Erbe als ehemaliger Wasser- und Energieminister zu kämpfen, da er die derzeitige Energiekrise zum Teil mit zu verantworten hat. Seit Wochen leidet Pakistan unter einer großen Hitzewelle, die zu Versorgungslücken in der Stromversorgung führt. Insbesondere im Pandschab kommt es aufgrund täglich bis zu 22-stündiger Stromausfälle zu gewaltsamen Ausschreitungen.

Die Kandidatenfindung für das Amt des Premierministers ist exemplarisch für den innenpolitischen Zustand des Landes. Nicht der fähigste Kandidat wird nominiert, sondern ein Kandidat der verzichtbar und zugleich loyal gegenüber Präsident Zardari ist. Das Oberste Gericht teilt Ashraf sofort nach Amtseinführung eine Frist mit, zu der den Forderungen des Gerichts nachzukommen ist. Wenn Ashraf, wie Gilani zuvor, einem Amtshilfesuch an die Schweiz bis zum 12. Juli 2012 nicht nachkommt, droht auch ihm die Amtsenthebung (s. QB I/2012). Ein Ende des Machtkampfes ist somit nicht in Sicht.

Wiedereröffnung der NATO-Versorgungswege

Die geplante langfristige Partnerschaft zwischen den USA und Afghanistan nach Abzug der internationalen Schutztruppen Ende 2014 konkretisiert sich. Anfang Mai 2012 unterzeichnen die Präsidenten der USA und Afghanistans, Barack Obama und Hamid Karzai, ein strategisches Partnerschaftsabkommen, das die weitere Zusammenarbeit regelt. Das Abkommen verpflichtet Afghanistan zur Korruptionsbekämpfung, einem besseren Schutz der Menschenrechte, zur Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung. Sanktionen oder Konsequenzen bei Nichteinhaltung der Verpflichtungen werden jedoch nicht festgehalten. Zusätzlich bleiben Details der langfristigen militärischen Partnerschaft offen. Ein erstes Treffen der beiden strategischen Partner findet im Rahmen des NATO-Gipfels Mitte Mai 2012 in Chicago statt.

Im Vorfeld war die Einladung Pakistans zur Teilnahme am NATO -Gipfelunsicher. Nach einem NATO-Angriff auf einen pakistanischen Grenzposten im November 2011, bei dem mehr als zwanzig pakistanische Soldaten ums Leben kamen (siehe QB IV/2011), hatte die pakistanische Regierung alle Versorgungswege nach Afghanistan für NATO- und ISAF-

¹ Die ANF ist eine staatliche Institution zur Verhinderung und Aufklärung von Drogenverbrechen, mit deren Führung die pakistanische Armee betraut ist.

Transporte auf unbestimmte Zeit geschlossen. Die pakistanisch-amerikanischen Beziehungen leiden unter diesem Vorfall, denn Pakistan verlangt weiterhin eine offizielle und öffentliche Entschuldigung der US-Regierung für diesen Vorfall. Erst nachdem Außenministerin Hina Rabbani Khar Pakistans Bereitschaft zur Öffnung der Versorgungswege signalisiert, wird auch Pakistan zur Teilnahme am NATO-Gipfel in Chicago eingeladen. Einige Tage vor Beginn der NATO-Tagung treffen sich die militärischen Oberbefehlshaber Afghanistans, Pakistans und der *International Security Assistance Force* (ISAF) im Hauptquartier der pakistanischen Streitkräfte in Rawalpindi. Das erste Treffen dieser Art seit November 2011 wird als routinemäßiger Konsultationsprozess im Rahmen des Dreierabkommens dargestellt, das zwischen den Militärs aller drei Parteien zur Verbesserung der Koordinierung und Kommunikation im vergangenen Jahr geschlossen wurde. Obwohl eine Wiedereröffnung der NATO-Versorgungswege somit nicht auf der Agenda steht, scheint das Treffen der Militärs so kurz vor dem Gipfel in Chicago auf Bemühungen zu verweisen, die diplomatischen Beziehungen zwischen Pakistan und den USA zu normalisieren. Der Gipfel in Chicago bringt keine konkreten Ergebnisse. Die Spannungen zwischen den beiden Staaten bleiben bestehen. Der US-Senat votiert für eine Kürzung von Hilfszahlungen an Pakistan. US-Verteidigungsminister Panetta fordert mehr Engagement Pakistans in der Bekämpfung von militanten Organisationen, vor allem des Haqqani-Netzwerks. Auch kommt es zu einer Intensivierung der Drohnenangriffe in den pakistanischen Stammesgebieten. Ende April räumt US-Anti-Terrorismus Berater John O. Brennan erstmals offiziell ein, dass die US-Regierung Drohnen zur zielgerichteten Tötung von Terrorverdächtigen nutzt.

Umso überraschender erscheint die Freigabe der NATO-Versorgungswege durch die pakistanische Regierung am 3. Juli 2012. Grund dafür soll ein Telefonat zwischen US-Außenministerin Hillary Clinton und ihrer pakistanischen Amtskollegin Hina R. Khar gewesen sein. Wie das pakistanische Außenministerium verlauten ließ, wurden während des Gesprächs von beiden Parteien Fehler eingestanden. Darüber hinaus habe sich Clinton für den Tod der pakistanischen Soldaten entschuldigt, die bei dem NATO-Luftangriff im vergangenen November getötet worden waren. Die geforderte öffentliche Entschuldigung für den Angriff bleibt indes aus.

Bereits am nächsten Tag rollen die ersten Lastwagen mit Versorgungsgütern von Karatschi nach Afghanistan. Der 'Rat zur Verteidigung Pakistans' (*Difa-e-Pakistan*), dem vor allem radikal-religiöse Parteien und Organisationen angehören, verurteilt die Entscheidung und ruft zu Protesten auf, so unter anderem zu einem „Langen Marsch auf Islamabad“. Regierung und pakistanische Medien wiegeln Kritik an der Entscheidung durch geschickte Wortwahl schnell und erfolgreich ab („Clinton says sorry“). Die logistische Abwicklung und die Sicherung der Lastzüge werden der pakistanischen Regierung überlassen. Im vergangenen Jahr waren in Pakistan hunderte LKW mit NATO-Versorgungsgütern in Flammen aufgegangen.

Sicherheitslage

Gezielte Angriffe auf Minderheiten nehmen auch im zweiten Quartal zu. Besonders in der Provinz Belutschistan kommt es vermehrt zu Anschlägen auf die ethnische und religiöse Minderheit der Hazara, die sich im Gegensatz zur pakistanischen Mehrheitsbevölkerung zum schiitischen Islam bekennen. In Quetta werden am 18. Juni 2012 bei einem Bombenanschlag auf einen Bus der Universität fünf Studenten getötet und mehr als 60 verletzt. Alle getöteten Studenten gehören der Hazara- Minderheit an. Zu dem Anschlag bekennt sich die *Laskar-e-Jhangvi* (Le) eine terroristische Organisation, in Anlehnung an die radikal extremistische sunnitische Sipah-e-Sahaba Pakistan. (SSP)² Während in der Vergangenheit meist religiöse Prozessionen und Gebetsstätten der Schiiten Ziel von tödlichen Anschlägen waren, werden nun vermehrt Angriffe auf Ladengeschäfte und Lokalitäten dieser Bevölkerungsgruppe verzeichnet. Auch schiitische Pilgerreisende auf dem Weg zu heiligen Stätten im Iran werden im Berichtszeitraum Ziel von Angriffen. Die allgemeine Sicherheitslage in Belutschistan verschlechtert sich nicht nur für Angehörige religiöser Minderheiten, sondern auch für Mitarbeiter von nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen (NRO). Nach der Ermordung des britischen Mitarbeiters Khalil Dale durch die radikalislamische Gruppe Tehreek-e-Taliban Pakistan stellt das Internationale Rote Kreuz (IRK) Anfang Mai 2012 alle Hilfsprojekte in Pakistan ein. Zudem häufen sich Übergriffe auf und Entführungen von Mitarbeitern lokaler NRO.

Neben Quetta bleibt auch die Millionenstadt Karatschi weiterhin ein Unruheherd. Die Frequenz sporadischer Gewaltausbrüche, die in kurzer Zeit eine hohe Zahl von Opfern fordern, aber nach einigen Tagen oder wenigen Wochen wieder abebben, verringert sich. Stattdessen werden nun tagtäglich Menschen Opfer des ethno-politischen Konflikts in der Hafenmetropole (zum Hintergrund s. QB III/2011). Damit verändern sich die Dynamik des Konflikts und auch die entsprechende Berichterstattung. Da die täglichen Opferzahlen relativ gering sind, wird der Situation in Karatschi wenig Aufmerksamkeit geschenkt, obwohl die absoluten Opferzahlen insgesamt gestiegen sind. Nach Angaben der *Human Rights Commission of Pakistan* (HRCP) sind dem Konflikt im ersten Halbjahr 2012 mehr als 1.250 Menschen zum Opfer gefallen, eine Steigerung von 10,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Kommission geht alleine bei 972 Fällen von 'gezielter Tötung' (*targeted killing*) aus. So fiel am 10. Dezember vergangenen Jahres auch ein Mitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Karatschi einem Attentat zum Opfer. Eine Lösung des Konflikts ist nicht in Sicht.

Im Norden des Landes, besonders im Grenzgebiet zu Afghanistan, haben pakistanische Sicherheitskräfte weiter mit Angriffen militanter Organisationen zu kämpfen. Am 15. April befreien über einhundert schwer bewaffnete Anhänger der *Tehreek-e Taliban Pakistan* (TTP) in einer gut geplanten und koordinierten Aktion fast 400 Gefangene aus einem Gefängnis in Bannu, einer Kleinstadt nahe der Grenze zum Stammesgebiet Waziristan. Die

² <http://www.satp.org/satporgt/p/countries/pakistan/terroristoutfits/lej.htm>

meisten der Befreiten sind Mitglieder von militanten Organisationen, die des Terrorismus angeklagt sind. Mindestens 20 von ihnen werden als 'höchst gefährlich' eingestuft.

Angriffe auf pakistanische Sicherheitskräfte und verbündete Stammesmilizen (*lashkars*) können trotz einer starken Militärpräsenz in der betroffenen Provinz Khyber-Paschtunistan (KPK) nicht eingedämmt werden. So werden am 25. Juni im Bezirk Upper Dir bei einem Überfall von TTP-Kämpfern auf ein Armeecamp mehrere Soldaten getötet und gefangen genommen. In einem einige Tage später veröffentlichten Video zeigt die TTP die enthaupteten Leichen von 17 ihrer Geiseln. Verantwortlicher TTP-Kommandeur ist Mullah Fazlullah, den die pakistanische Armee 2009 aus dem Swat-Tal vertrieben hatte.

Dr. Martin Axmann

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Islamabad, Pakistan

Bericht erstellt unter Mitarbeit von Sarah Holz und Daniel Kramer.

IMPRESSUM

Erstellt: 10.07.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de | www.hss.de